

„Die Macht der Beschäftigten wackelt“

Wie demokratisch muss Wirtschaft sein? Kerstin Marx, Betriebsratschefin der Telekom, hat klare Antworten

Von Dirk Hentschel

Bonn. Das mit Volkswagen sitzt tief. Als der kriselnde Autobauer vergangenen September die seit 30 Jahren geltende Job-Garantie einseitig aufkündigte und sogar Werkschließungen nicht ausschließen wollte, nannte die IG Metall das einen „Schritt von beispielloser Brisanz“. Auch der VW-Betriebsrat lief Sturm.

Etwas von dieser Empörung ist auch bei Nicole Mayer-Ahuja zu spüren. Die Göttinger Soziologin sitzt am Mittwochabend bei der Veranstaltung „Wirtschaftsdemokratie. Machtkonflikte um Demokratie und Arbeit nach 1945“ im Elisabeth-Selbert-Saal der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn und konstatiert: „Die Macht der Beschäftigten kommt ins Wackeln, wir erleben härtere Zeiten.“

Dabei war die „Demokratisierung der ökonomischen Verhältnisse“ per Mitbestimmung lange Garant für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik – und für politische Stabilität. Vorbei? „Die Bedrohung der Demokratie wird oft nur in ihrer politischen Dimension erfasst, nicht aber der wirtschaftlichen“, kritisiert FES-Organisatorin Anja Kruke. Und: „Selbstwirksamkeit am Arbeitsplatz macht weniger anfällig für Rechtsradikalismus“, spitzt

Co-Veranstalterin Michaela Kuhnhenne (Hans-Böckler-Stiftung) zu. Was also hat sich geändert, seit das Konzept der Wirtschaftsdemokratie in Westdeutschland in der „Legitimationskrise des Kapitalismus“ bis in konservative Kreise Resonanz fand, wie es im Programmheft heißt? Vielleicht das Denken? Die Demokratisierung der Wirtschaft, erläutert Morten Reitmayer (Uni Trier) die Grundidee, sollte auch die Demokratisierung der Politik bewirken. „Nicht nur gleichberechtigte Staatsbürger, sondern auch gleichberechtigte Wirtschaftsbürger waren das Ziel.“

Die Realität scheint ernüchternd: Nur die Hälfte der Beschäftigten arbeitet überhaupt noch in Tarif-Betrieben. Gewerkschaften beklagen zunehmend Union Busting, also die Behinderung von Arbeitnehmervertretern. Aus Arbeitnehmersicht Zeit für Resignation?

Zumindest reiche es nicht mehr, per Mitbestimmung, „nur die Scherben aufzukehren“, findet Ernesto Klengel, der bei der Hans-Böckler-Stiftung das Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht leitet. Das erzeuge bei Beschäftigten doch bloß Enttäuschung. Schließlich wurde der Hans-Böckler-Stiftung zufolge 2024 jede fünfte Betriebsrats-Neugründung verhindert. Wortstark beklagt Mayer-Ahuja deshalb ei-

ne „Entdemokratisierung der Arbeitswelt“. Der alte Interessengegensatz trete inzwischen offener zutage, kollektive Interessenvertretung verliere massiv an Bedeutung.

Doch es gibt auch Einspruch – etwa von Kerstin Marx. Mayer-Ahujas These, diese „Entdemokratisierung“ zeige sich etwa auch in der Flexibilisierung von Arbeitszeiten, mit Gleitzeit oder Vertrauensarbeitszeit, will die Vorsitzende des Konzernbetriebsrats der Deutschen Telekom so uneingeschränkt nicht folgen. Wahlmöglichkeiten seien gut. Aber: „Nur Homeoffice ist toxisch.“

Marx betont an diesem Abend vor allem den Wert von Mitbestimmung – und der Betriebsräte – gerade für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens: „Wir sind der Schwachstellenindikator für Entscheidungen und Prozesse. Entscheidungen dauern so zwar etwas länger, aber sie werden dann von uns auch unterstützt.“

Übrigens: Bei VW haben sich die Tarifpartner (unter Schmerzen) einigermaßen zusammengerauft. Ist die Zukunft der Mitbestimmung also gar nicht so düster? Experte Reitmayer bringt es auf diese Formel: „Pessimismus ist für mich nicht so plausibel.“

Wörter: 431
Autor/-in: Hentschel, Dirk
Seite: 6
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 17.285 (gedruckt)¹
18.627 (verkauft)¹
19.152 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,05653 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 07/2025

² von PMG gewichtet 7/2025